

## Politisches Selbstverständnis und Wertorientierungen von Anhängern und Gegnern der Friedensbewegung

### 1. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik

In der Bundesrepublik Deutschland hat sich in den letzten Jahren eine „partizipatorische“ Revolution vollzogen. Zu Wahlen sind diskontinuierliche, „unkonventionelle“ Formen – wie Demonstrationen – getreten, zu den Parteien außerparlamentarische Gruppierungen. Nicht mehr die Planungen vor Ort allein vermögen Widerstand hervorzurufen, es geht um Themen, die prinzipiell alle betreffen (wie Atomkraft oder Rüstung). Aus den eher lokal orientierten Bürgerinitiativen sind zunehmend „neue soziale Bewegungen“ mit zwar noch lokal verankerten Gruppierungen, aber überlokaler Orientierung und Vernetzung geworden.

Trotz der Bedeutung, die sie einnehmen, und der ihnen – positiv oder negativ – zuteilwerdenden Faszination, ist das Wissen bislang eher mager. Es fehlt zwar nicht an Spekulationen und Einzeleindrücken; gesicherte empirische Kenntnisse sind eher bruchstückhaft und stützen sich nicht selten auf falsche Analogien<sup>1</sup>. Wohl nirgends ist diese

<sup>1</sup> Vgl. hierzu M. Müller, Bürgerinitiativen in der politischen Willensbildung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/83, S. 27–39, S. 28, 30.

Diskrepanz zwischen sozialer Signifikanz, allgemeinem Interesse und empirischem Wissen bislang eklatanter gewesen als in der Friedensbewegung der 80er Jahre. Diese entwickelte sich nach Verabschiedung des Nato-Doppelbeschlusses im Dezember 1979 geradezu explosionsartig und dürfte inzwischen die zahlenmäßig größte und bedeutsamste unter den neueren sozialen Bewegungen der Bundesrepublik sein<sup>2</sup>. Offen, kontrovers und empirisch ungeklärt sind jedoch die meisten Fragen, die sich aus der Existenz dieser Bewegung ergeben: angefangen bei der Struktur des Nachrüstungsprotests und ihrer Verbreitung bis hin zum Sinn, der dem Protest seitens der Akteure unterlegt wird. Neben Positionen, die Staatsverdrossenheit oder Postmaterialismus als Grundlage annehmen<sup>3</sup>, gibt es Autoren, die vermuten, die jüngere Generation hätte „eher abstrakte Begriffe wie ‚Frieden und Freiheit‘ nicht als Summe von Erfahrungen und ihrer Verneinung erlebt“, sie hätte deshalb an Ausstrahlungskraft verloren<sup>4</sup>. Als Ursache wird entweder die Entspannungspolitik der 70er Jahre<sup>5</sup> oder die spezifische deutsche Erfahrung des Nationalsozialismus angeführt. Die ältere Generation wüßte aus Erfahrung, daß es „Frieden nur in Freiheit gibt“<sup>6</sup>.

Im folgenden soll die Friedensbewegung im Hinblick auf die aufgeworfenen Fragen einer näheren Analyse unterzogen werden. Wir beschränken uns nicht auf die Aktivist:innen, sondern schließen die Sympathisanten mit ein. Indem wir eine bundesweite, repräsentative Umfrage als Datenbasis nehmen, weiten wir den Kreis noch weiter aus und können nun Aussagen treffen über Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Anhängern und Gegnern der Bewegung.

## 2. Methodik der Untersuchung

Als empirische Basis dient eine repräsentative Umfrage der Bundesbürger, erhoben vom EMNID-Institut im Rahmen der „Eurobarometer“-Befragungen der Europäischen Gemeinschaft<sup>7</sup>. Sie wurde im März/April 1982 durchgeführt – rund ein halbes Jahr nach der ersten Großkundgebung der Friedensbewegung und kurz vor ihrer zweiten im Juni 1982. Sie besteht aus einer Stichprobe der Gesamtbevölkerung ab 15 Jahren und einer Zusatzstichprobe von Jugendlichen zwischen 15

2 Vgl. D. Rucht, Zur Organisation der neuen sozialen Bewegungen, in: J. W. Falter, C. Fenner und M. Th. Greven (Hrsg.), Politische Willensbildung und Interessenvermittlung, Opladen 1984, S. 609–620, S. 613.

3 Vgl. R. Inglehart, Generational Change and the Future of the Atlantic Alliance, in: PS, 16/1984, S. 525–535; M. Küchler, Die Friedensbewegung in der BRD – Alter Pazifismus oder neue soziale Bewegung? in: J. W. Falter, C. Fenner und M. Th. Greven, a.a.O., S. 328–337.

4 Vgl. G. Schmid, Zur Soziologie der Friedensbewegung und des Jugendprotests, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 24/1982, S. 15–30, S. 21.

5 Z. B. K. D. Bracher, zit. nach Frankfurter Rundschau (FR) vom 8.11.83.

6 W. Kaltefleiter, Interview, in: BILD am Sonntag vom 11.12.83, S. 20; ähnlich A. Mertes: Ethische Aspekte unserer Sicherheitspolitik, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden, 1/1983, S. 39–34, S. 43. Die Version ist fragwürdig, weil sie die Unterstützung des NS-Regimes durch die Bevölkerung verkennt. Man könnte daher genau die entgegengesetzte Generationsbeziehung für viel plausibler halten.

7 Die Studie, von uns einer Sekundäranalyse unterzogen, ist im Zentralarchiv für empirische Sozialforschung unter der Nr. 1209 archiviert. Die Fragen zur Identifikation sozialer Bewegungen entstammen dabei einem Projekt des Instituts für Umwelt und Gesellschaft, Wissenschaftszentrum Berlin (N. Watts).

und 24 Jahren. Weil Jüngere aufgrund anderer Generationserfahrungen durch andere Einflußgrößen geprägt sein könnten als Ältere und eine Zusammenfassung dies verwischen würde, erscheint uns praktisch und analytisch eine getrennte Analyse sinnvoll. Wir berichten deshalb unsere Ergebnisse einzeln für beide Gruppen (N = 560 und N = 865 Befragte).

Der Nachteil des gewählten Designs liegt vor allem in der niedrigen Zahl erfaßter Aktiver, die nicht nach Graden der Teilnahme weiter zu differenzieren sind. Niedrige Fallzahlen, die der Gefahr stichprobenbedingter Zufallsschwankungen in besonderem Maße unterliegen (z. B. in der vorliegenden Untersuchung in den untersuchten Altersgruppen N = 32 und N = 17 Mitglieder im engeren Sinne), lassen nur ungefähre Angaben in dieser Kategorie zu und mahnen zur Vorsicht bei der Interpretation. Wenn man die Befunde im Kontext betrachtet, ist dies aber gewöhnlich weniger dramatisch. Nimmt man eine abgestufte, kontinuierliche Einordnung der Befragten nach Engagement und Identifikation vor, so bieten die *angrenzenden* Kategorien Hinweise auf die Plausibilität der Befunde: Überall wo sich eine mehr oder minder konsistente Beziehung zwischen der jeweils ausgewählten Variablen mit der Einstellung zur Bewegung ergibt, ist auch eine entsprechende Steigerung des Antwortmusters beim Übergang zur Kategorie der Mitglieder wahrscheinlich.

Die Identifikation mit der Friedensbewegung erfassen wir über zwei Fragen: „Ich nenne Ihnen einige Gruppen und Bewegungen, die die Unterstützung der Öffentlichkeit suchen. Können Sie mir bitte für jede dieser Gruppen bzw. Bewegungen sagen, ob Sie diese stark oder nur etwas unterstützen oder ob Sie sie stark oder etwas mißbilligen?“ Und anschließend: „... ob Sie selbst Mitglied sind – oder sich daran beteiligen würden – oder nicht?“ Als Gruppen/Bewegungen vorgegeben wurden neben „Naturschutzverbänden“ und „Ökologie-Bewegung“ die „Anti-Atomkraft-Bewegung (z. B. ‚Atomkraft Nein Danke‘)“ sowie die „Friedensbewegung“. Aus den Antworten auf beide Fragen konstruieren wir eine neue Variable (vgl. Abbildung), die tatsächliche und poten-

Abbildung: Konstruktion der Variablen „Einstellung zur Friedensbewegung“ aus Angaben zum Engagement und zur Billigung

Engagement <sup>1</sup>	Billigung <sup>2</sup>	Neue Variable/Bezeichnung
Mitglied	3	Mitglied
Würde mich daran beteiligen	Stark unterstützen	Starke Anhänger
Würde mich daran beteiligen	Etwas unterstützen, Keine Angabe <sup>4</sup>	Schwache Anhänger
Würde mich nicht daran beteiligen	Stark unterstützen, Etwas unterstützen	Billigung
Würde mich nicht daran beteiligen, Keine Angabe	Etwas mißbilligen	
Würde mich nicht daran beteiligen	Keine Angabe <sup>5</sup>	Schwache Gegner
Würde mich nicht daran beteiligen, Keine Angabe	Stark mißbilligen	Starke Gegner
Weiß nicht, Keine Angabe	Weiß nicht, Keine Angabe	Unentschieden, Keine Angabe

(1) „... , ob Sie selbst Mitglied sind – oder sich daran beteiligen würden – oder nicht“. (2) „... , ob Sie diese stark – oder nur etwas unterstützen – oder ob Sie sie stark – oder etwas mißbilligen“. (3) Die Variable „Billigung“ wurde in diesem Falle bei der Konstruktion nicht berücksichtigt. (4) Einschließlich der wenigen inkonsistenten Fälle, die sich an der Friedensbewegung beteiligen würden und sie gleichzeitig „etwas“ mißbilligen (n = 3). Von Fehllocherungen bei der Vercodung abgesehen, dürfte es sich vorwiegend um Personen mit kritischer Distanz bei positiver Grundstimmung handeln – einzelne Aspekte der Bewegung werden mißbilligt, das inhaltliche Engagement selbst aber für wichtig erachtet. (5) Die Zahl derer, die keine Angabe zum Ausmaß der Billigung treffen – womöglich ambivalent sind –, machen in der Kategorie der „schwachen Gegner“ einen Anteil von 17% aus (unter 25 = 20%, 25 und älter = 16%).

Tabelle 1: Einstellung zur Friedensbewegung nach Alter (in Prozent)

	Alter	
	15–24 Jahre	25 Jahre u. älter
Mitglieder	6	2
Starke Anhänger	27	15
Schwache Anhänger	18	17
Billigung	21	20
Schwache Gegner	8	18
Starke Gegner	7	14
Unentschieden, keine Angabe	14	15
	100	100
(N=)	(560)	(865)

tielle Mitgliedschaft in der Friedensbewegung mit deren differentieller Billigung verbindet: Sie reicht von der Kategorie Mitglieder über die starken und schwachen Anhänger bis hin zu den schwachen und starken Gegnern. Wie schon in anderen Untersuchungen<sup>8</sup> zeigt sich, daß nicht nur die Nachrüstungsgegner in der Bevölkerung eine Mehrheit auf sich vereinigen können, sondern auch die Friedensbewegung mehr Sympathie als Antipathie zu aktivieren vermag: Unter den unter 25jährigen beträgt der Anteil der Sympathisanten immerhin 72 %, der Befragten 25 Jahre und älter 54 %.

### 3. Partei- und Staatsverdrossenheit

Wohl kaum ein anderes Thema ist im Fall der Friedensbewegung derart häufig thematisiert worden wie ihr Verhältnis zum parlamentarischen System der Bundesrepublik; kaum ein anderer Faktor ist so sehr als treibende Kraft des Nachrüstungsprotests gesehen worden. Entfremdung und Distanz gegenüber dem Staat bis hin zur Staatsfeindschaft werden unterstellt<sup>9</sup>. Für eine ganze Reihe von Autoren geht es im Nachrüstungsprotest lediglich um symbolische Politik. Die Bewegung mobilisiere ihre Anhänger nicht mit einem Programm, sondern immer neue Konflikte mit dem „Bonner System“. Staatsverdrossenheit, wenn nicht gar Staatsfeindschaft bestimme die Orientierung. Das Nachrüstungsthema wäre eher zufällig, würde schnell durch ein anderes ersetzt, sobald es in der Öffentlichkeit erledigt sei<sup>10</sup>. In der Zuweisung der Motive gehen nicht wenige Kommentatoren von Äußerungen einzelner aus, die sie – unzulässigerweise – mit der Friedensbewegung als ganzer gleichsetzen. Sie schließen vom Handeln auf Intentionen oder nehmen lediglich die außerinstitutionellen Aktionsformen wahr. Dabei verkennen sie, daß Handeln und Motive nicht kongruent sein müssen und daß außerinstitutionelle Aktionsformen mit institutionellen einhergehen können. Ob das Engage-

<sup>8</sup> Vgl. z. B. K. H. Reuband, Demoskopische Verwirrungen in der Nachrüstungsfrage – was halten die Bundesbürger vom Nachrüstungsbeschluß? in: Vorgänge, 66/1983, S. 64–80; SINUS, Sicherheitspolitik, Bündnispolitik und Friedensbewegung, München 1983.

<sup>9</sup> Vgl. F. Michael, Die Auszehrung der Pressefreiheit, in: ders. (Hrsg.), Die tägliche Mobilmachung, Göttingen 1984, S. 163–184, S. 175; s. a. FR vom 17.9.83 und Die Welt vom 20.9.83, S. 2.

<sup>10</sup> Vgl. G. Schmid, a.a.O., S. 21; R. Altmann, Friede als Kampf, in: FAZ vom 10.9.83.

ment in der Friedensbewegung eine bestimmte Sichtweise des politischen Systems der Bundesrepublik impliziert oder nicht, kann nur *empirisch* – unter Rekurs auf die Akteure selbst – geprüft werden.

Die Orientierung gegenüber dem politischen System der Bundesrepublik können wir über drei unterschiedliche Arten von Indikatoren zu erfassen versuchen: die Einstellung zur Gesellschaftsordnung, Praxis der Demokratie und Identifikation mit dem bestehenden Parteienspektrum. Gefragt, welche von drei Antwortmöglichkeiten der eigenen Einstellung am ehesten entspricht, wird die Forderung nach einer Revolution unter den Bundesbürgern kaum erhoben („unsere Gesellschaftsordnung muß durch eine Revolution radikal verändert werden“). Die Mehrheit optiert für Reformen oder Beibehaltung des Status-Quo. Untergliedert man nach der Einstellung zur Friedensbewegung, so neigt der engere Kern der Friedensbewegung etwas häufiger als die übrigen zu einer revolutionären Einstellung. Doch der Anteil liegt nicht nur verschwindend niedrig (bei den unter 25jährigen 9 %, den älteren 6 %), er unterscheidet sich überdies in nichts von den entsprechenden Angaben unter den Gegnern der Bewegung. Dort beläuft er sich bei den unter 25jährigen sogar auf höhere Werte. In ihrem Selbstverständnis sind diese Gegner mit revolutionärer Attitüde eindeutig rechts angesiedelt. Es handelt sich nicht – wie man vielleicht vermuten könnte – um „linke Revolutionäre“ mit moskaufendlicher Orientierung.

Unterscheiden sich Befürworter und Gegner der Friedensbewegung nicht in ihrer Bewertung des Ziels „Revolution“, so differieren sie doch in der Bewertung von Reformen und Erhaltung des Status quo („Unsere Gesellschaft muß Schritt für Schritt durch Reformen verbessert werden“, „Unsere Gesellschaft in ihrer derzeitigen Form muß gegen alle umstürzlerischen Kräfte verteidigt werden“)<sup>11</sup>. Je näher man der Friedensbewegung steht, desto eher werden Reformen bevorzugt und desto seltener ist man bereit, die eigene Orientierung durch die Furcht vor einem Umsturz leiten zu lassen. Die Verteidigung gegen „umstürzlerische Kräfte“ wird lediglich von den starken Gegnern als dominantes Antwortmuster vorgebracht. Die schwachen Gegner haben mehr Gemeinsamkeiten mit den Sympathisanten, und unter den jüngeren Befragten steht die Einstellung zur Friedensbewegung (von den starken Gegnern abgesehen) gar in *keinem* systematischen Bezug zur Bevorzugung dieser Antwort. Wahrscheinlich ist es primär das wahrgenommene und unterstellte Moment gesellschaftlicher Unruhe – und weniger die Einschätzung der Nachrüstung selbst – welches unter den starken Gegnern die Reaktion auf die Friedensbewegung bestimmt.

In den funktionalistischen Modellen des politischen Systems, aber auch in verschiedenen Demokratietheorien, ist die Grundbedingung für eine erfolgreiche Funktionserfüllung des politischen Systems Offenheit gegenüber den vorgegebenen gesellschaftlichen Konfliktlagen. Gelingt die Transformation nicht, so machen sich Spannungen breit, Parteiverdrossenheit steigt, und letztlich kann das politische System selbst in Frage gestellt werden<sup>12</sup>. Was aus dieser Sicht als funktionales Erfordernis gilt, scheint

11 Die Frage ist genau genommen zweidimensional. Plädoyer für Reformen und Abwehr umstürzlerischer Kräfte schließen einander nicht aus.

12 Vgl. D. Fuchs, Politischer Protest und Stabilität des politischen Systems, in: M. Kaase und H. D. Klingemann (Hrsg.), Wahlen und politisches System, Opladen 1983, S. 121–143, S. 123.

auch von den Bundesbürgern nach ihrem normativen Demokratieverständnis gefordert zu sein. Gefragt nach dem notwendigen Charakteristikum einer Demokratie, betont die Mehrheit, Politiker müssten sich weitgehend nach den Wünschen der Bürger richten<sup>13</sup>. Wenn diese Aussage kein Lippenbekenntnis ist, sondern das Bewußtsein prägt, müssten Anhänger sozialer Bewegungen – die ja gerade vermeintliche oder reale Defizite des staatlichen Apparats zum Protestinhalt erheben – mit dem Funktionieren der Demokratie eher unzufrieden sein. Genau dies zeigt sich in unseren Daten: Mit steigender Nähe zur Friedensbewegung nimmt die Zahl derer zu, die ein Auseinanderfallen von demokratischem Ideal und Realität empfinden. Es sind vor allem jene Befragten, die zu Aktionen der Friedensbewegung bereit sind und ihr positiv gegenüberstehen, die sich so äußern. Die Befragten mit Sympathie für die Bewegung differieren von den übrigen Befragten demgegenüber weitaus weniger stark.

Die Beobachtung, wonach unter den Angehörigen der Friedensbewegung die Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie größer ausfällt als in anderen Gruppen, verwundert wenig. Erstaunlicherweise scheint eher ihre geringe Zahl. Dies spricht für eine bemerkenswert starke Bindung und hohe Akzeptanz politischen Lebens in der Bundesrepublik bei gleichzeitig spezifischer Kritik. Dabei mag ein – womöglich grundlegender – Faktor in diesem Falle das Ausmaß der Unzufriedenheit gemildert haben: Im Frühjahr 1982, dem Jahr der Umfrage, war die endgültige Entscheidung über die Stationierung noch nicht gefallen. Die Genfer Verhandlungen liefen noch, die Aussicht auf Erfolg war noch nicht geschwunden<sup>14</sup>.

Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie birgt ein Spannungspotential in sich, das zwischen Apathie und latenten Rebellionstendenzen angesiedelt ist. Es muß umso größer und ungünstiger für das parlamentarische System ausfallen, je weniger die Bürger eigene Anliegen durch eine Partei aufgegriffen und in die politische Arena eingeführt sehen. Im Frühjahr 1982 waren die GRÜNEN – die sich damals als einzige Partei gegen die Nachrüstung wandten – im Bundestag noch nicht vertreten; sie waren als Partei jedoch schon konstituiert und in einige Landesparlamente gewählt worden. Im folgenden interessiert primär der Anteil derer, die im Rahmen einer Frage zur Parteidentifikation spontan bekennen, sie ständen keiner Partei nahe. Bei den unter 25jährigen läßt sich hiernach zwischen dem Grad der Identifikation mit der Friedensbewegung und der mangelnden Verbundenheit zum Parteiensystem keine systematische und kontinuierliche Beziehung feststellen (vgl. Tab. 2). Auffallend ist allenfalls, daß bei den 15–24jährigen die Mitglieder der Friedensbewegung überproportional und die starken Gegner der Bewegung unterproportional häufig keine Par-

13 Vgl. E. Noelle-Neumann und E. Piel, Allensbacher Jahrbuch der Öffentlichen Meinung 1978–1983, München 1983, S. 218.

14 Zu den wahrgenommenen Verhandlungsbemühungen vgl. K. H. Reuband, Issueorientierung und Nachrüstungsprotest, in: J. W. Falter u. a., a.a.O., S. 589–601; s. a. SINUS, a.a.O. Allerdings zeigt die bisherige Literatur auch, daß die Zufriedenheit mit der Demokratie durch Faktoren mitgeprägt ist, die nichts mit dem Vergleich von Praxis und Ideal der Demokratie zu tun haben (vgl. M. Küchler, Staats-, Parteien- oder Politikverdrossenheit, in: J. Raschke (Hrsg.), Bürger und Parteien, Opladen 1982, S. 39–54). Die Stationierung muß mithin nicht notwendigerweise das Gefühl von Unzufriedenheit steigern. Gegenläufige Trends könnten in der Bevölkerung kompensierende Funktion haben.

Tabelle 2: Einstellungen zu Staat und Gesellschaft (in Prozent)

	15–24 Jahre							25 Jahre und älter							
	Mitglieder (1)	Starke Anhänger (2)	Schwache Anhänger (3)	Billigung (4)	Schwache Gegner (5)	Starke Gegner (6)	Unentschieden (7)	Mitglieder (1)	Starke Anhänger (2)	Schwache Anhänger (3)	Billigung (4)	Schwache Gegner (5)	Starke Gegner (6)	Unentschieden (7)	
<i>Veränderung der Gesellschaftsordnung (1)</i>															
Revolution		9	8	5	3	13	8	1	6	2	1	4	3	6	2
Reformen	63	62	59	46	52	27	39	59	60	58	48	39	21	33	
Verteidigung gegen Umsturz	25	20	25	24	24	51	26	29	31	32	38	47	66	42	
Unentschieden, keine Angabe	3	10	12	28	11	14	34	6	6	9	11	12	8	23	
<i>Zufriedenheit mit Demokratie (2)</i>															
ziemlich/völlig unzufrieden	53	50	28	26	22	22	12	88	45	24	27	25	30	13	
<i>Parteiverbundenheit (3)</i>															
Keine Partei	53	38	42	47	44	27	53	25	23	27	30	20	24	35	
(N =)	32	151	102	115	46	37	77	17	126	150	172	155	119	126	

*Frageformulierungen:* (1) „Hier auf dieser Liste stehen drei grundsätzliche Standpunkte über die Gesellschaft, in der wir leben. Welcher davon drückt am ehesten das aus, was auch Sie denken?“ (a) Unsere gesamte Gesellschaftsordnung muß durch eine Revolution verändert werden; (b) Unsere Gesellschaft muß Schritt für Schritt durch Reformen verbessert werden; (c) Unsere Gesellschaft in ihrer derzeitigen Form muß gegen alle umstürzlerischen Kräfte verteidigt werden. (2) „Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert, alles in allem gesehen sehr zufrieden – ziemlich zufrieden – ziemlich unzufrieden – oder völlig unzufrieden?“ („Ziemlich“ und „völlig unzufrieden“ sind in der Tabelle zusammengefaßt; der Rest umfaßt die Zufriedenen und Meinungslosen.) (3) „Gibt es eine politische Partei, der Sie nahestehen, d.h. Sie fühlen sich dieser Partei sehr verbunden – ziemlich verbunden – oder sind Sie nur Sympathisant dieser Partei?“ („Stehe keiner Partei nahe“, war als Antwortkategorie für *spontane* Nennungen aufgeführt, der Rest schließt die Meinungslosen ein.)

tei als eigene Interessenvermittlung nennen. Bezieht man aber die jeweils angrenzenden Kategorien mit ein, um die möglichen Verzerrungen aufgrund kleiner Fallzahlen zu minimieren, so werden diese Unterschiede erheblich eingeebnet, wenn nicht gar aufgehoben. Wenn es eine Verdrossenheit gibt, dann bezieht sie sich anscheinend allenfalls auf einzelne Parteien, nicht auf das gesamte Parteienspektrum. Von einer mangelnden Integration in das politische System – bedingt durch Fehlen wahrgenommener politischer Alternativen – kann nicht die Rede sein.

#### 4. Parteipräferenz und „Links-Rechts“-Einstufung

Die Vorstellung, die Anhänger der Friedensbewegung würden sich auf Minderheiten jenseits des etablierten politischen Spektrums beschränken, gründet sich im wesentlichen auf den zeitlichen Entstehungskontext der Friedensbewegung. Als der Nato-Doppelbeschuß im Dezember 1979 verabschiedet wurde, hatten sich alle etablierten Parteien für die Nachrüstung ausgesprochen. *Helmut Schmidt* galt als „Vater“ des Beschlusses. Als es zu den ersten Demonstrationen im Herbst 1981 kommen sollte, wurden Abgrenzungsbemühungen seitens der etablierten Parteien immer stärker: Die SPD-Führung drohte ihren Mitgliedern bei Teilnahme gar den Parteiausschluß an. Nicht minder negativ war die Reaktion des DGB auf entsprechende Initiativen ihrer Jugendorganisationen.

Daß es die eher „linken“ etablierten Parteien und Organisationen waren, die sich für die Nachrüstung und gegen die Friedensbewegung aussprachen, muß bei vielen den Eindruck erweckt haben, die Anhänger der Friedensbewegung müßten mehrheitlich links von der SPD stehen. Daß lediglich die GRÜNEN von Anfang an deutliche Gegner des Nato-Doppelbeschlusses waren und an der Organisation des Protests auch deutlich teilnahmen, mag diesen Eindruck verstärkt und die Friedensbewegung im Urteil wieder irgendwo zwischen DKP und GRÜNEN angesiedelt haben<sup>15</sup>.

Aus der Zusammensetzung der Organisatoren auf ein „grünes“ und „rotes“ Wählerpotential als primäre Basis des Nachrüstungsprotests zu schließen, ist insofern irreführend, als die Sympathie für den Inhalt des Protests auch andere Wählerschichten an entsprechende Demonstrationen heranzuführen vermag. Aus Untersuchungen über die Einstellung zur Nachrüstung wissen wir, daß die Gegnerschaft – wenn auch parteipolitisch in ihrer Stärke variierend – durch das Wählerklientel aller Parteien, einschließlich der CDU, geht<sup>16</sup>. Damit ist eine wichtige Voraussetzung (wenn auch nicht die einzige) für die Teilnahme am Protest gegeben. Das Ausmaß der tatsächlichen Repräsentation ist nicht zuletzt eine Frage des parteispezifischen Wählerpotentials. Die geringere Quote der Nachrüstungsgegner unter CDU-Anhängern könnte in gewissem Maße durch die Größe der CDU-Anhängerschaft kompensiert werden. Das Potential der GRÜNEN braucht – selbst wenn alle gegen die Nachrüstung eingestellt sein sollten – sich deshalb nicht notwendigerweise in großem Umfang auf die Zusammensetzung der Friedensbewegung auszuwirken.

Tabelle 3 spricht in der Tat für eine stärkere Stützung der Friedensbewegung durch die Wähler etablierter Parteien, als es die öffentliche Diskussion suggeriert. Zwar steigt erwartungsgemäß der Anteil der grünen Wähler mit steigender Sympathie für die Friedensbewegung, doch macht er lediglich unter den *Mitgliedern* der Friedensbewegung eine Mehrheit aus. Bereits unter den „starken Anhängern“ bilden die GRÜNEN nur noch ein Drittel und weniger. Und bei den über 25jährigen Befragten gar finden

<sup>15</sup> Der Einfluß der GRÜNEN wird bei der Herausbildung des Nachrüstungsprotests allgemein überschätzt. Tatsächlich waren kirchliche Organisationen ziemlich entscheidend; vgl. *A. Schaub* und *R. Schlaga*, Verbände, Gruppen und Initiativen der westdeutschen Friedensbewegung, in: *R. Steinweg* (Red.), *Die neue Friedensbewegung*, Frankfurt 1982, S. 377–400.

<sup>16</sup> Vgl. Forschungsgruppe Wahlen 1983; SINUS, a.a.O.; *K. H. Reuband*, Issueorientierung, a.a.O.

Tabelle 3: Parteipräferenz, Links-Rechts-Einstufung und Postmaterialismus (in Prozent)

	15–24 Jahre							25 Jahre und älter						
	Mitglieder	Starke Anhänger	Schwache Anhänger	Billigung	Schwache Gegner	Starke Gegner	Unentschieden	Mitglieder	Starke Anhänger	Schwache Anhänger	Billigung	Schwache Gegner	Starke Gegner	Unentschieden
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
<b>Parteipräferenz (1)</b>														
CDU	13	11	21	26	33	49	33	12	28	35	40	50	53	37
SPD	9	17	22	17	15	14	16	18	35	40	30	29	22	30
FDP	3	3	3	5	4	11	4	–	6	3	5	6	8	4
GRÜNE/Alternative	50	34	21	11	4	–	4	53	12	3	1	1	2	2
DKP	–	1	–	–	–	–	–	–	–	1	2	–	–	–
Sonstige	–	–	1	1	–	–	–	–	1	1	2	1	1	–
Keine	10	4	2	3	4	5	1	–	4	2	3	1	2	1
Keine Angabe	16	31	31	37	39	22	43	18	15	15	19	10	12	26
<b>Links-Rechts (2)</b>														
Mittelwert	3.9	4.2	5.0	5.5	6.1	5.6	5.9	4.3	5.2	5.5	5.8	6.2	6.9	6.1
<b>Postmaterialismus (3)</b>														
Postmaterialistisch	53	53	25	28	11	12	12	38	33	12	8	5	5	11
Überwiegend postmat.	20	15	20	20	18	24	27	38	18	18	16	16	17	15
Überwiegend mat.	20	27	35	30	30	38	31	19	20	27	35	47	29	39
Materialistisch	7	6	21	22	41	27	30	6	30	43	40	32	49	35
(N =)	29/121/32	83/151	85/102	35/115	35/46	50/37	50/77	15/17	113/126	130/150	152/172	138/155	108/119	92/126

Frageformulierungen: (1) „Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?“ (2) „In der Politik spricht man von „links“ und „rechts“. Wie würden Sie persönlich Ihren politischen Standpunkt auf dieser Liste einordnen?“ (Skala von 1 = links bis 10 = rechts; unentschieden/Keine Angabe wurde aus der Berechnung ausgelassen.) (3) „Es gibt im Augenblick eine Reihe von Diskussionen, was die Ziele der Bundesrepublik Deutschland in den nächsten 10 bis 15 Jahren sein sollten. Auf dieser Liste stehen einige Ziele aufgeführt, denen verschiedene Leute den Vorrang einräumen würden. Würden Sie bitte sagen, welches davon Sie selbst für das wichtigste auf längere Sicht halten? Und was halten Sie für das zweitwichtigste?“ (Version der Inglehart-Skala mit 4 Vorgaben; unentschieden/Keine Angabe wurde aus der Berechnung ausgelassen.) Als Fallzahl sind jeweils die Minima und Maxima angegeben.

sich mehr als doppelt so viele CDU-Wähler wie Wähler der GRÜNEN. Wähler kommunistischer Parteien, wie der DKP, die im öffentlichen Bild immer wieder als Träger der Bewegung beschworen werden, spielen weder unter den Aktivisten noch anderen Gruppierungen eine Rolle. Dieser Befund signalisiert innerhalb der Wählerschaft ein hohes Element an Dissens und Potential für neue „cleavages“, die quer zu den etablierten Parteien liegen.

Das Bild linker Provenienz kann auch dann nicht aufrecht erhalten werden, wenn man die Selbsteinstufung auf dem Links-Rechts-Kontinuum als Maßstab nimmt. Auf einer 10er-Skala mit der Kennzeichnung 1 als „ganz links“ und 10 als „ganz rechts“, erhält man – läßt man die Personen ohne Angabe heraus (rund 17 %) – für die unter 25jährigen Mitglieder der Friedensbewegung einen Durchschnittswert von 3.9, unter den über 25jährigen Mitgliedern einen Wert von 4.3. Mit zunehmender Distanz zur Friedensbewegung wächst in beiden Gruppen der Durchschnittswert an, bis er bei den starken Gegnern der Friedensbewegung Werte von 5.6 bzw. 6.9 erreicht (Tab. 3). Damit erweist sich der Identifikationsgrad mit der Friedensbewegung als Funktion der eigenen Links-Einstufung. Doch diese Einstufung fällt selbst bei den Mitgliedern der Bewegung nicht allzu weit von der Mittelposition auf der 10er-Skala aus. Die Orientierung ist eher „schwach“ als „stark links“. Im Vergleich zu anderen sozialen Bewegungen und selbst der Friedensbewegung in anderen Ländern wie den Niederlanden oder Dänemark nimmt die bundesdeutsche Friedensbewegung in dieser Hinsicht eine ausgesprochen moderate Stellung im politischen Spektrum ein<sup>17</sup>.

Verbirgt sich hinter diesem etwas anderen Muster womöglich eine andere, spezifisch deutsche Sichtweise des Protests? Die Einordnung in das „linke“ Spektrum muß nicht notwendigerweise die Einnahme traditioneller „linker“ Positionen bedeuten; bei den Anhängern der Friedensbewegung könnten neue Kombinationen von Wertorientierungen aufgetreten sein. Die in letzter Zeit populäre These, in der Friedensbewegung würde sich ein neuer „linker Patriotismus“ widerspiegeln, geht in diese Richtung<sup>18</sup>. Sie hält näherer Prüfung jedoch nicht stand: Je mehr sich jemand mit der Friedensbewegung identifiziert, desto weniger Stolz empfindet er darauf, Deutscher zu sein; unter den jüngeren Mitgliedern der Friedensbewegung sind in unserer Umfrage lediglich 18 % sehr oder ziemlich stolz, unter den starken Gegnern 73 %. Ähnliche Beziehungen finden sich unter den älteren befragten Mitgliedern. Die Thematisierung nationaler Fragen – etwa im Zusammenhang mit alliierten Truppenstationierungsrechten – ist offenbar nicht mit neuem Nationalstolz gleichzusetzen. Es handelt sich um eine spezifische Frage ohne größeren Symptomwert, die sich lediglich auf die Entscheidungsfreiheiten im sicherheitspolitischen Bereich bezieht.

##### 5. Postmaterialismus als Bestimmungsfaktor?

Wird der Nachrüstungsprotest von manchen Autoren im wesentlichen als symbolischer Protest politischer Art angesehen, bei dem es um die Auseinandersetzung mit Staat und Regierung geht, so verweisen andere vor allem auf nicht-politische Ursachen. Die Rede ist von einem Wertewandel, der sich von einer materialistischen hin zu einer postmaterialistischen Orientierung bewegt. Der Aufstand gegen die Nachrüstung wird zur „Spitze eines Eisbergs von postmaterialistischen, gegenkulturellen und anti-tech-

17 Vgl. F. Müller-Rommel und N. Watts, Zur elektoralen Verankerung der Anhänger neuer sozialer Bewegungen. Eine vorläufige Forschungsnotiz, in: J. W. Falter u. a., a.a.O., S. 602–608.

18 Vgl. dazu D. Diner, Die „nationale“ Frage in der Friedensbewegung. Ursprünge und Tendenzen, in: R. Steinweg, a.a.O., S. 86–112; W. Schäfer (Hrsg.), Neue soziale Bewegungen. Konservativer Aufbruch in buntem Gewand? Frankfurt 1983; Der Stern, Nr. 43/1983, S. 3.

nookratischen Strömungen in der jüngeren Generation“ erklärt<sup>19</sup>, das postmaterialistische Wertesyndrom zum „Nährboden“ der Friedensbewegung schlechthin<sup>20</sup>.

Vertreter dieser Version sehen im Postmaterialismus vor allem ein Synonym für allgemeine Unzufriedenheit mit den Werten und Normen der Gesellschaft und Affinität zu „alternativen“ Bewegungen. Tritt eine positive Korrelation zwischen Einstellung zur Friedensbewegung und Postmaterialismus auf, so gilt dies bereits als Beleg für den Oberflächencharakter der Nachrüstungsfrage: Das Thema Frieden liefert aus dieser Sicht lediglich einen Kristallisationspunkt für allgemeine Unzufriedenheit<sup>21</sup>. *Ronald Inglehart* begreift dagegen den Zusammenhang nicht als mehr oder minder zufällig, sondern leitet ihn kausal aus der Struktur des Postmaterialismus ab. Danach ist die Ursache im unterschiedlich gearteten Sicherheitsgefühl zu suchen: Materialisten würden die Sicherheit – einschließlich der militärischen – als problematisch begreifen. Postmaterialisten dagegen würden sie als ausreichend unterstellen. Dementsprechend wären sie weniger geneigt, neue Waffen als sinnvoll und notwendig zu erachten<sup>22</sup>. Damit erklärt der Postmaterialismus letztlich die Einstellung, nicht das Engagement in der Bewegung per se.

Theoretisch wie empirisch sind beide Deutungen fragwürdig. Wo der Postmaterialismus als Ausdruck eines alternativen Wertesystems gesehen wird, fehlt der Nachweis, demzufolge die Nachrüstungsfrage lediglich einen symbolischen Gehalt innehat. Daß die Einstellung zur Friedensbewegung nicht nur durch Einstellungen zur Nachrüstung, sondern auch durch postmaterialistische Orientierungen und andere issuebezogene Einstellungen (z. B. gegenüber Gastarbeitern, Hausbesetzungen) bestimmt wird, reicht als Beleg nicht aus: Durchaus denkbar wäre, daß das Vorhandensein dieser Werte eine bestimmte Sichtweise von Realität begünstigt, welche in einem nächsten Schritt eine bestimmte Einstellung zur Nachrüstung begünstigt. Wo der Postmaterialismus mit dem Gefühl von Sicherheit in Zusammenhang gebracht wird – wie bei *Inglehart* –, wird das Gefühl von Unsicherheit unter den Nachrüstungsgegnern übersehen. Kennzeichnend für die Situation ist es nämlich, daß *beide* Gruppen eine Gefährdung der Sicherheit unterstellen – die Nachrustungsbefürworter im Fall einer Nichtstationierung, die Nachrustungsgegner im Falle einer Stationierung. Entscheidend dafür ist die Art und Weise, in der das militärische Gleichgewicht und die USA wahrgenommen werden<sup>23</sup>.

Übersehen wird in der Diskussion zudem, daß die Einstellung zur Friedensbewegung mehr als bloß die Einstellung zur Nachrüstung mißt. Nicht jeder, der sich gegen die Nachrüstung ausspricht, bejaht auch Protest gegen Raketen und sieht in dem Protest der Bewegung nur seriöse Motive. Soziale Bewegungen erfahren aufgrund ihrer Zusammensetzung und der von ihnen gewählten Aktionsformen eine eigene Bewertung<sup>24</sup>. Postmaterialisten, so ist zu vermuten, müßten sozialen Bewe-

19 *K. W. Brand, D. Büsler und D. Rucht*, Aufbruch in eine andere Gesellschaft, Frankfurt/New York 1983, S. 214.

20 *P. Schlotter*, Zur Zukunft der Friedensbewegung. Rahmenbedingungen alternativer Politik, in: *R. Steinweg*, a.a.O., S. 16–33, S. 21.

21 So *M. Kübler*, Die Anhänger der Friedensbewegung in der BRD – Einstellungen, Wertorientierungen und soziodemographische Verankerung. Referat auf der Tagung der Österreichischen Gesellschaft für Politische Wissenschaft. Korr. Fassung, Mannheim 1983, S. 23; *ders.*, Die Friedensbewegung, a.a.O., S. 335.

22 Vgl. *R. Inglehart*, a.a.O., S. 532.

23 Vgl. *K. H. Reuband*, Issueorientierung, a.a.O., S. 598.

24 Zur Bewertung von Aktionsformen ungeachtet der Ziele vgl. *S. Barnes, M. Kaase et al.*, Political Action, Beverly Hills 1979; zum Verhältnis von Nachrüstungsgegnerschaft und Bewertung der Friedensbewegung und von Protest, vgl. *K. H. Reuband*, Issueorientierung, a.a.O.

gungen – ungeachtet der inhaltlichen Ausrichtung – allein deswegen aufgeschlossener gegenüberstehen, weil sie der Selbstverwirklichung einen weitaus höheren Stellenwert einräumen als die Materialisten. Materialisten, bedacht auf Ruhe und Ordnung, müßten jeglichem Element des Aufbehrens negativ gegenüberstehen, auch wenn sie die wesentlichen Ziele der Bewegung teilen. Sie sehen in der Bewegung eine unzulässige Form des Protests und die öffentliche Ordnung vielleicht dadurch auch stärker gefährdet.

Wenn diese These stimmt, müßten die für den Postmaterialismus relevanten sozialen Merkmale – Bildung und Alter – je nach Art der erfaßten Dimension unterschiedlich stark wirken: Die Einstellung zur Nachrüstung müßte weniger stark mit diesen Merkmalen korrelieren als die Einstellung zu Protest. Die bloße Sympathie für die Friedensbewegung, die noch am ehesten inhaltliche Kongruenz mit den globalen Zielen erfaßt, müßte weniger eng mit den sozialen Merkmalen zusammenhängen als die Bereitschaft zum aktiven Handeln. Hinweise für die Richtigkeit dieser Hypothese gibt es: Nach einer eigenen Untersuchung aus dem Jahr 1983 korrelieren Bildung und Alter erwartungsgemäß mit der Einstellung zur Nachrüstung etwas schwächer als mit der Einstellung zum Protest (Bildung:  $\text{Gamma} = .16$  vs.  $.26$ ; Alter:  $\text{Gamma} = -.15$  vs.  $-.19^{25}$ ). Weiterhin zeigt sich, daß die Korrelation mit der Bewertung der Friedensbewegung umso mehr steigt, je mehr man von der bloßen Sympathie zur Teilnahmebereitschaft übergeht: Während sich in einer Umfrage von 1981 unter den über 65jährigen Sympathisanten lediglich 4 % eine Teilnahme vorstellen konnten, waren es unter den 18 bis 29jährigen 43 %; erwogen unter den Sympathisanten mit Volksschulbildung 10–15 % eine Teilnahme, waren es unter denen mit Abitur rund 51 %<sup>26</sup>. Würde man das sozialstrukturelle Muster auf den Postmaterialismus hin generalisieren, so müßte dieser sich – anders als von *Inglehart* postuliert – weniger in der *Einstellung* zur Nachrüstung oder der bloßen Sympathie für die Friedensbewegung als auf der Ebene der *Handlungsbereitschaft* niederschlagen.

Wie man Tabelle 3 entnehmen kann, korreliert die Beurteilung der Friedensbewegung sowohl bei den jüngeren als auch den älteren Befragten mit Postmaterialismus. Je mehr man sich mit der Friedensbewegung identifiziert, desto höher der Anteil. Der größte Bruch zeigt sich beim Übergang von den „schwachen“ zu den „starken“ Anhängern, d. h. den Personen mit starker und schwacher Handlungsbereitschaft. Bei den jüngeren Befragten macht er rund 33 Prozentpunkte aus, der Bruch zwischen den Sympathisanten und Gegnern nicht mehr als 10 Punkte. Wenn es eine Beziehung zwischen Engagement in der Friedensbewegung und Postmaterialismus gibt, dann offensichtlich weniger aufgrund der Beziehung zwischen Postmaterialismus und Einstellung zur Nachrüstung als aufgrund der Beziehung zwischen Postmaterialismus und allgemeiner Handlungsbereitschaft. Zugleich ergibt sich aus der Tabelle noch ein weiterer, gewichtiger Befund: Mag auch der Postmaterialismus Einfluß nehmen, Engagement und Sympathie für die Friedensbewegung lassen sich nicht auf ihn zurückführen. Reine Postmaterialisten sind unter den jüngeren Mitgliedern nur zu 53 % vertreten, unter den über 25jährigen zu 38 %. Bezieht man die „überwiegend“ postmaterialistisch orientierten Personen mit ein, so steigt zwar der Anteil auf rund drei Viertel. Der Anteil materialistischer Befragter ist jedoch nach wie vor beträchtlich. Lediglich

25 Die Untersuchung wurde im August/September 1983 vom EMNID-Institut mit rund 2000 Befragten durchgeführt. Die verwendeten Frageformulierungen sind abgedruckt in: *K. H. Reuband, Die Friedensbewegung vor und nach den „Aktionswochen“ im Herbst 1983*, in: *Vorgänge*, 67/1984, S. 12–25, S. 18, 21f.

26 Errechnet nach *J. Leinemann, Die Angst der Deutschen. Beobachtungen zur Bewußtseinslage der Nation*, Reinbek bei Hamburg 1982, Tab., S. 166f.

unter denen, die regelmäßig aktiv in lokalen Friedensinitiativen mitarbeiten, wird der Postmaterialismus womöglich die Mehrheit der Beteiligten prägen<sup>27</sup>.

## 6. Wertorientierungen

Manche Autoren haben im Einfluß des Postmaterialismus den entscheidenden Schlüssel zum Verständnis des Nachrüstungsprotests gesehen: das Rüstungs-Issue sei zwar ein Kristallisationspunkt, nicht aber zentrales, bestimmendes Moment der Bewegung. Analysen, die zeigen, daß andere Themen – Kernkraft, Schwangerschaftsabbruch, Hausbesetzungen, etc. – die Einstellung zur Friedensbewegung entscheidend mitbestimmen, müssen aus dieser Sicht als eine weitere Bekräftigung dieser These erscheinen<sup>28</sup>. Ob die Einstellung zur Nachrüstung in diesem Zusammenhang überhaupt einen nennenswerten Stellenwert hat, ist auf den ersten Blick gar zweifelhaft: Nach einer Untersuchung von *Manfred Küchler* schneiden andere Themen als Prognoseinstrumente weitaus besser ab<sup>29</sup>.

Womöglich spielen methodische Einflüsse eine größere Rolle als man zunächst annehmen mag. Die Einstellung zur Nachrüstung wird in der von *Küchler* verwendeten Untersuchung relativ global in einer Weise erfaßt, welche den Zusammenhang zwischen Bildung, Alter, postmaterialistischen und sonstigen „bewegungsspezifischen“ Einstellungen verstärken dürfte. Dies reduziert die Chance der Nachrüstungsfrage, als wichtiger, eigenständiger Faktor in der Analyse zutagezutreten<sup>30</sup>. Die Einstellung zur Friedensbewegung wird zudem über ihre zuerkannte „Notwendigkeit“ gemessen, die etwas anderes als erfragte Sympathie ist: Zuerkannte Notwendigkeit ist relativ zu funktionalen Äquivalenzen zu sehen, die sich im Lauf der Zeit verändert haben mögen; in dem Maße wie sich alternativ oder ergänzend zur Friedensbewegung neue Gruppierungen zur Nachrüstungsgegnerschaft bekennen (wie etwa SPD oder DGB), mag die Friedensbewegung als weniger (oder konstant) notwendig wirken. Sicher ist jedenfalls, daß die zuerkannte Notwendigkeit in der gleichen Zeit bestehen bleibt, in der die Sympathie für die Friedensbewegung wächst<sup>31</sup>; sicher ist auch, daß der Anteil derer, welche sie als „notwendig“ erachten (46 % im Mai 1982), niedriger liegt als der Anteil von Personen mit Sympathie für sie (58 % in unserer Umfrage vom März/April 1982, noch mehr bei *Sinus*). Ganz offensichtlich erachtet ein Teil der Befürworter die Friedensbewegung als nicht unbedingt notwendig, und wahrscheinlich gehen in die Beantwortung der Frage zur zuerkannten Notwendigkeit – mehr noch als in die Frage zur Sympathie – antiinstitutionelle Affekte mit ein<sup>32</sup>. Dies wird auf die empirische Analyse erklärungskräftiger „Determinanten“ nicht ohne Auswirkungen bleiben.

27 Dies legt eine Studie von zwei lokalen Friedensinitiativen von *W. Hagstotz* und *K. Weinfurter* (unveröff. Ms., Mannheim o. J.) nahe; hier erwiesen sich 91 % als reine Postmaterialisten.

28 Vgl. *M. Küchler*, *Die Anhänger*, a.a.O.; *ders.*, *Die Friedensbewegung*, a.a.O.

29 *M. Küchler*, *Die Friedensbewegung*, a.a.O., S. 334ff.

30 Die Rede ist von „Mittelstreckenraketen“. Aber selbst im Herbst 1983 – kurz vor Stationierung – wissen rund ein Drittel der Bundesbürger nicht, daß dies Atomraketen sind. Das Wissen darüber ist am ehesten bei den besser Gebildeten und den Jüngeren vorhanden; das Ausmaß an Nachrüstungsopposition unter den älteren, schlechter Gebildeten und Materialisten wird demgemäß unterschätzt (vgl. *K. H. Reuband*, *Informiertheit in sicherheitspolitischen Fragen*, erscheint in: *R. Steinweg*, Red., *Kriegsursachen*. Frankfurt 1985).

31 Vgl. *M. Küchler*, *Die Friedensbewegung*, a.a.O.; *SINUS*, a.a.O., S. 71.

32 Von einer Anfälligkeit dieser Formulierung gegenüber anti-institutionellen Affekten spricht auch *M. Küchler*, *Die Anhänger*, a.a.O., S. 3, zumal in der Frage auch noch darauf hingewiesen wird, die Bewegung sei anderer Meinung als Bundesregierung und die Parteien im Bundestag.

Statt die Anhänger und Gegner über issuespezifische Einstellungen zu erfassen oder uns mit postmaterialistischen Wertorientierungen zu begnügen, versuchen wir Befürworter und Gegner im folgenden über ihre Werthaltungen zu beschreiben. Werte gelten in der sozialwissenschaftlichen Literatur als die generellste Komponente sozialen Handelns. Sie geben in allgemeiner Form den wünschenswerten Zustand an, der dem Handeln als Leitlinie unterliegt. In der am häufigsten verwendeten Definition *C. Kluckhohns* ist ein Wert „eine Auffassung vom Wünschenswerten, die explizit oder implizit sowie für ein Individuum oder für eine Gruppe kennzeichnend ist und welche die Auswahl der zugänglichen Weisen, Mittel und Ziele des Handelns beeinflusst“<sup>33</sup>. Folgt man diesem Konzept des „Wünschenswerten“, so bieten sich für die empirische Operationalisierung von Werten vor allem Präferenzmodelle an, in denen der einzelne die angebotenen Werte in ihrer Bedeutsamkeit abstuft – entweder indem er zwischen ihnen entscheidet oder sie nach ihrer subjektiven Wichtigkeit beurteilt<sup>34</sup>. Ein zweiter – in der Praxis häufigerer – Weg besteht darin, verschiedene Einstellungstems zu verwenden, die unmittelbare Wertpräferenzen anzielen oder als Indikatoren für Wertvorstellungen genommen werden können. Solange man die so gemessenen Einstellungen nicht durch entsprechende Analyseverfahren (z. B. Faktorenanalyse) auf dahinterliegende übergreifende Konzepte zurückführt, ist die Zuordnung tentativ. Und selbst wenn man elaborierte Zuweisungsverfahren anwendet, sind konzeptionelle Probleme – vor allem im Hinblick auf die Eindeutigkeit der Zuordnung – nicht ausgeschlossen<sup>35</sup>.

In der vorliegenden Untersuchung werden Wertorientierungen über zwei Arten von Fragen erfaßt. Die eine bezieht sich auf „Ideen oder Gründe“, für die es sich einzusetzen lohne, und zwar „selbst dann, wenn Sie dabei einiges riskieren bzw. auf manches verzichten müßten“. Vorgegeben werden globale Werte wie „Weltfrieden, individuelle Freiheit, Menschenrechte“ etc. Die andere Fragenserie geht von Aussagen aus, die als Indikatoren für Wertorientierungen gesehen werden können, aber nicht nach subjektiver Wichtigkeit abgestuft erhoben werden (wie: „Jedermann hat das Recht auf freie Meinungsäußerung, wenn er mit bestimmten Zuständen nicht einverstanden ist“). Die erste Fragenserie entspricht am ehesten einer Wertoperationalisierung, die dem Präferenzcharakter von Werten entspricht. Die vorgegebenen Werte – obwohl global<sup>36</sup> – sind dabei als potentielle, handlungsrelevante Determinanten anzusehen. So zeigen amerikanische Untersuchungen, daß die Zustimmung zu derart erhobenen Werten spezifische Einstellungen und Handlungsmuster sehr wohl zu bestimmen vermag. Die Werte stellen einen Orientierungsrahmen dar, der sich von Fall zu Fall in Handeln aktualisiert<sup>37</sup>.

33 *C. Kluckhohn*, zit. nach *P. Kmieciak*, Wertstrukturen und Wertwandel in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 1976, S. 148.

34 Vgl. auch *T. Bargel*, Überlegungen und Materialien zu Wertdisparitäten und Wertwandel in der Bundesrepublik Deutschland, in: *H. Klages* und *P. Kmieciak* (Hrsg.), Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel, Frankfurt/New York 1979, S. 147–184, S. 147.

35 Vgl. *W. Jagodzinski*, Sozialstruktur, Wertorientierung und Parteibindung: Zur Problematik eines Sozialisationsmodells, in: *Zeitschrift für Soziologie*, 10/1981, S. 170–191, S. 171ff.

36 Globalität ist geradezu kennzeichnend für Werte. Dementsprechend werden sie zumeist auch gemessen. Sinnvoll scheint es jedoch, Differenzierungen auch nach verschiedenen Graden der Abstraktheit und der institutionellen Zuordnung vorzunehmen. In der vorliegenden Umfrage ist dies leider nicht möglich.

37 Vgl. *M. Rokeach*, *Beliefs, attitudes and values*, San Francisco 1968, S. 169.

Tabelle 4: Wertorientierungen I (Zustimmung in Prozent)

	15–24 Jahre							25 Jahre und älter						
	Mitglieder	Starke Anhänger	Schwache Anhänger	Billigung	Schwache Gegner	Starke Gegner	Unentschieden	Mitglieder	Starke Anhänger	Schwache Anhänger	Billigung	Schwache Gegner	Starke Gegner	Unentschieden
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
Weltfrieden	91	85	78	50	39	51	30	71	75	67	59	55	48	41
Verteidigung	9	14	17	13	13	19	16	–	10	12	13	30	22	13
Kampf gegen die Armut	56	58	30	26	15	16	10	47	42	35	28	23	30	20
Gleichberechtigung der Geschlechter	50	42	28	19	9	16	13	41	26	18	20	10	6	13
Schutz der Umwelt z. B. wildlebender Tiere, Natur	66	74	46	37	30	27	27	47	58	48	37	34	34	21
Individuelle Freiheit	56	59	50	34	28	41	24	41	40	35	31	34	31	21
Menschenrechte	75	65	55	38	26	35	25	47	52	44	42	34	28	27
Revolution	16	8	4	4	–	–	–	12	1	1	1	2	3	1
Mein relig. Glaube	13	9	3	7	7	16	5	–	14	15	12	19	8	12
Die europäische Einigung	19	14	13	9	15	8	4	–	20	6	17	15	18	9
Keine Angabe	–	2	3	21	17	5	39	18	3	9	15	17	13	27

Frageformulierung: „Welche der hier aufgeführten Ideen oder Gründe sind für Sie der Mühe wert, dafür einiges zu tun, selbst dann, wenn Sie dabei einiges riskieren bzw. auf manches verzichten müßten?“

Zahl der Befragten (N) wie in Tabelle 2.

Gleiche Wertvorstellungen kann man nach unseren bisherigen Analysen unter Anhängern und Gegnern der Friedensbewegung nicht ohne weiteres erwarten: Wenn auch die Unterschiede zwischen beiden Gruppen nicht dramatisch ausfielen, waren sie doch auf der Ebene übergreifender Wertorientierungen existent; Anhänger der Friedensbewegung waren in ihrem Selbstverständnis etwas eher „links“ und wiesen eher postmaterialistische Werte innerhalb des *Inglehart*-Index auf. Dies aber muß Konsequenzen auf der Ebene einzelner Werthaltungen haben: Zentrales Element linker Positionen ist das Gleichheitspostulat<sup>38</sup>, ökologische Orientierungen gelten als Korrelat des Postmaterialismus<sup>39</sup>. In der Tat werden egalitäre Werte – wie Kampf gegen die Armut, Gleichheit der Geschlechter – und ökologische Werte – wie „Schutz der Umwelt“ – in dem Maße mehr bejaht, wie die Identifikation mit der Friedensbewegung steigt (vgl. Tab. 4 und 5).

38 Vgl. u. a. *S.M. Lipset* u. a., *The psychology of voting. An analysis of political behavior*, in: *G. Lindzey* (Hrsg.), *Handbook of social psychology*, Vol. II, Reading/London 1954, S. 1124–1170.

39 Vgl. *R. Inglehart*, *The silent revolution. Changing values and political styles among Western publics*, Princeton 1977.

Tabelle 5: Wertorientierungen II (Zustimmung in Prozent)

	15–24 Jahre						25 Jahre und älter							
	Mitglieder	Starke Anhänger	Schwache Anhänger	Billigung	Schwache Gegner	Starke Gegner	Unentschieden	Mitglieder	Starke Anhänger	Schwache Anhänger	Billigung	Schwache Gegner	Starke Gegner	Unentschieden
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
<i>Wertbezogene Aussagen</i>														
Recht auf Meinungsäußerung (1)	97	97	91	92	87	87	90	71	91	95	94	91	88	89
Freiheit zu weit gegangen (2)	6	6	11	17	26	35	30	24	25	31	29	37	45	30
Einkommensverteilung ungerecht (3)	88	76	71	63	46	41	48	77	71	67	65	53	45	55
Gleichheit zerstört Eingeniinitiative (4)	47	39	45	50	63	57	47	24	50	53	49	60	61	44
<i>Wertekonfiguration (5)</i>														
Weltfrieden und Freiheit/Menschenrechte	75	68	58	30	20	35	17	59	48	48	36	32	24	22
Weltfrieden	16	17	20	20	20	16	13	12	27	19	24	23	24	18
Freiheit/Menschenrecht	6	10	13	18	24	30	21	–	14	10	19	16	19	14
Sonstiges, keine Angabe	3	5	10	32	37	19	49	29	10	23	22	30	33	45

*Frageformulierungen:* (1) „Jedermann hat das Recht auf freie Meinungsäußerung, wenn er mit bestimmten Zuständen nicht einverstanden ist“. (2) „Die Freiheit des einzelnen ist zu weit gegangen. Sie verursacht Unordnung, die letztlich die Gefahr der Diktatur in sich birgt“. (3) „Es ist höchst ungerecht, daß einige Leute so viele und andere nichts besitzen“. (4) „Das Ziel der totalen Gleichheit zerstört jede Eigeninitiative“. (5) Wie in Tabelle 4 aufgeführt. Die Angaben sind aus Kombination der dort aufgeführten Werte konstruiert.

*Zahl der Befragten (N) wie in Tabelle 2.*

Zu einem dritten Wertekomplex, der zwischen Befürwortern und Gegnern der Friedensbewegung differenziert, zählen die „Freiheits- und Menschenrechte“. Dabei liegen die Differenzen weniger in der globalen Akzeptanz als der Intensität, mit der diese Werte vertreten werden: Dem Recht auf freie Meinungsäußerung stimmt z. B. fast jeder zu. Größere Unterschiede entstehen erst, wenn man nach den Ideen fragt, für die es sich – selbst bei Nachteilen – einzusetzen lohnt. Dann tritt in der Betonung der „individuellen Freiheit“ und vor allem der „Menschenrechte“ unter den Anhängern der Friedensbewegung eine überproportional große Zustimmung zutage. Dies ist keineswegs selbstverständlich. Zwar gehören die „Freiheits- und Menschenrechte“ traditionell in das Erbe der Aufklärung und sind von dort in „linke“ politische Positionen eingeflossen. Aber auch der Konservatismus hatte z. T. in Reaktion darauf einen eigenen

Freiheitsbegriff entwickelt<sup>40</sup>, und in der Bundesrepublik dürfte mit dem Wahlkampfmotto der CDU/CSU „Freiheit oder Sozialismus“ der Freiheitsbegriff von konservativer Seite stark besetzt sein. Zudem ist gerade den Anhängern der Friedensbewegung immer wieder vorgeworfen worden, sie würden in der Thematisierung des Friedens die Freiheits- und Menschenrechte unbeachtet lassen<sup>41</sup>. Die hier vorliegenden Daten legen eine andere Deutung nahe: Werte, die als selbstverständlich empfunden werden und nicht als bedroht gelten, werden nicht thematisiert; Werte, die – wie der Friede – als bedroht wahrgenommen werden, bestimmen die öffentliche Diskussion.

Wie ein Widerspruch mutet es zunächst an, daß Anhänger der Friedensbewegung nicht nur die individuellen Freiheitsrechte stärker betonen, sondern an dieser Stelle auch die „Revolution“. Erstaunen mag ebenso, daß die Werte diesmal etwas höher liegen als bei der früheren Frage (vgl. Tab. 2) nach der Gesellschaftsordnung. Die Auflösung dieses Widerspruchs liegt vermutlich in jeweils unterschiedlichen Assoziationen der Befragten: Der Bezug zur Bundesrepublik wird diesmal nicht hergestellt. Viele Befragte mögen an unterentwickelte Länder und Diktaturen denken, in denen demokratische Ideale verletzt werden. Dies umso mehr als ihre Orientierung weniger national ausgerichtet ist als die der Gegner der Friedensbewegung; internationale Vorgänge dürften ihr Denken und ihre eigenen Orientierungen deshalb stärker prägen.

Während einige Autoren das Engagement für die Friedensbewegung aus einem allgemeinen, umfassenden Wertwandel abzuleiten versuchen, interpretieren andere diesen spezifischer. Sie konzidieren eine generationsbedingt stärkere Bejahung des Wertes Frieden, sehen diesen aber als einseitig ausgerichtet an. Tatsächlich wird Weltfriede als Idee, für die es sich einzusetzen lohnt, in der Bevölkerung breit bejaht, und je stärker das Engagement für die Friedensbewegung ausfällt, desto häufiger trifft dies zu<sup>42</sup>. Das heißt nun nicht, die Gegner der Bewegung würden den Frieden nicht sonderlich schätzen. Es bedeutet lediglich, daß der Friede – vor allem der Weltfriede – einen subjektiv höheren Stellenwert in der Ranghierarchie einnimmt. Vor dem Hintergrund der jeweiligen Anschauungen macht dieses Muster Sinn: Anhänger der Friedensbewegung haben eher Angst vor einem neuen Weltkrieg, halten ihn innerhalb der nächsten Jahre für möglich und glauben im Fall einer atomaren Auseinandersetzung etwas seltener an eigene Überlebenschancen<sup>43</sup>. Wer aber ein bewertetes Gut für bedroht hält, der räumt ihm in der Regel auch in seiner Bedürfnishierarchie einen zentralen Platz ein. Möglicherweise schätzen sie die Chancen einer *globalen* Gefährdung durch krieglerische Auseinandersetzungen auch höher ein und erachten deshalb den „Weltfrieden“ für besonders wichtig.

40 Vgl. K. Mannheim, Wissenssoziologie, Berlin/Neuwied 1964.

41 Z.B. P. Schneider, Keine Lust aufs grüne Paradies, in: Kursbuch 74, 1983, S. 180–188, S. 188.

42 Eine Ausnahme bildet – bei diesem wie anderen Werten – lediglich die Gruppe der „starken Gegner“ unter den 15–24-jährigen. Sie sind in ihren Werten den bloßen Sympathisanten der Friedensbewegung angenähert, nicht aber dem engeren Kern der Bewegung. Möglicherweise wird hier etwas sichtbar, was Karl Mannheim unter den Begriff der Generationseinheit faßt und das eine unterschiedliche Reaktion auf ähnliche Ausgangslagen in einer Generation beinhaltet, a.a.O. Möglicherweise deuten sich in der jüngeren Generation unter dem Einfluß der Afghanistan-Invasion der Sowjets und der neuen amerikanischen Administration zwei unterschiedliche Reaktionen auf die vermeintliche Bedrohung des Weltfriedens an.

43 Vgl. J. Leinemann, a.a.O., Tab. S. 149, 156, 157.

Gegenüber dem „Weltfrieden“ verblaßt der Wert der „Verteidigung“. Selbst unter den Gegnern der Bewegung nimmt er einen – wenn auch akzentuierten – niedrigen Platz ein, was kaum verwundert. Es handelt sich um einen „abgeleiteten“ Wert: Verteidigung ist nur dann sinnvoll, wenn man etwas zu verteidigen hat – höherwertige Ziele wie Freiheit oder Menschenrechte. Isoliert hat die „Verteidigung“ keine Bedeutung. Daß eine Verteidigungsbereitschaft im Fall äußeren Angriffs existiert, zeigen andere Erhebungen<sup>44</sup>. Für viele Befragte dürfte das Kürzel „Verteidigung“ hier für etwas anderes stehen: für den Komplex des Militärischen schlechthin, für militärische Drohgebärden, Hochrüstungsbemühungen und ähnliches. Der mangelnde konkrete Bezug wird die selektive Deutung überdies begünstigt haben.

#### 7. Wertekonfigurationen und die Bedeutung des Wertes „Weltfrieden“

Die Tatsache, daß bei wachsender Identifikation mit der Friedensbewegung nicht nur der Wert „Weltfriede“, sondern auch die Nennung der Werte „Freiheit des einzelnen“ und „Menschenrechte“ zunehmen, spricht gegen eine einseitige Auslegung des Friedensbegriffs in der Friedensbewegung. Nähere Analysen, in denen Wertekombinationen Gegenstand der Untersuchung werden, bestätigen dies: Mit wachsender Nähe zur Bewegung werden die Wertekonstellationen „Weltfrieden/Freiheit/Menschenrechte“ häufiger genannt, die Verabsolutierung des Wertes „Freiheit“ nimmt ab (vgl. Tab. 5). Die Verabsolutierung des „Weltfriedens“ steht in keinem systematischen Bezug. Nach den hier verwendeten Indikatoren kommt es – anders als oft vermutet – etwas eher aufseiten der Nachrüstungsbefürworter (vor allem der jüngeren) zur Verabsolutierung: Sie bejahen die Freiheit und vergessen darüber eher den „Weltfrieden“. Nimmt man die offiziellen Grundwerte der bundesrepublikanischen Gesellschaft als Maßstab, so scheinen die Anhänger der Friedensbewegung in ihrem Werteprofil keineswegs „abweichend“ zu sein. Im Gegenteil: Sie repräsentieren die offiziellen Werte in besonders starkem Maße – hinsichtlich der Freiheits- und Menschenrechte ebenso wie hinsichtlich des Weltfriedens und der Gleichheit als Grundlage demokratischer politischer Kultur. Begreift man Gleichheitswerte nicht nur als Teil bestimmter politischer Weltanschauungen, sondern auch als ein Element moderner Gesellschaften, so scheinen die Anhänger der Friedensbewegung „moderne“ Werte zu verkörpern. In ihrer Betonung ökologischer Werte sind sie Vorläufer eines Trends, der die Bundesrepublik seit dieser Umfrage erfaßt hat. Ökologische Perspektiven stellen einen Reflex auf Probleme industriellen Wachstums dar. Sie sind „modern“, solange sie nicht die Modernität an sich verwerfen, sondern lediglich die unerwünschten Nebenfolgen der Modernität mitbedenken und in die Zukunftsplanung miteinbeziehen<sup>45</sup>. Welchen Stellenwert hat der Wert „Weltfrieden“ für Sympathie und Engagement in

<sup>44</sup> Vgl. K.-H. Reuband, Neue Streitfragen und neue Konfliktlinien, in: W. R. Vogt (Hrsg.), Militär als Gegenkultur? Leverkusen 1985 (im Druck); B. Meyer, Der Bürger und seine Sicherheit, Frankfurt/New York 1983.

<sup>45</sup> In der Literatur wird der Antimodernismus immer wieder als ein zentrales Element der neuen sozialen Bewegungen hervorgehoben (z.B. K. W. Brand, Neue soziale Bewegungen, Opladen

der Friedensbewegung? Erweist er sich als ein prägendes Unterscheidungsmerkmal, oder sind andere Werte bedeutsamer, die thematisch nicht mit dem Komplex des Nachrüstungsprotests zu tun haben?

*Manfred Küchler* hat in seiner Analyse (1984) die schrittweise Diskriminanzanalyse verwendet, um diese Frage zu beantworten. Bei der Diskriminanzanalyse geht es darum, die lineare Kombination von Variablen zu bestimmen, welche die Gruppenunterschiede maximal zu differenzieren vermögen. Bei der schrittweisen Diskriminanzanalyse werden sukzessiv jene Variablen herausgefiltert, welchen – bezogen auf die bereits vorher ausgewählten Variablen – die größte Erklärungskraft zukommt. Im folgenden benutzen wir dasselbe Verfahren. Dabei fassen wir die verschiedenen Grade für Sympathie und Engagement in der Friedensbewegung in drei Gruppen zusammen: die Befragten mit potentielltem Engagement („Mitglieder“, „starke Anhänger“), die Befragten mit Sympathie („schwache Anhänger“, „Billigung“) und den Rest der Gegner und Unentschiedenen. Ähnlich wie *Küchler* sich auf die issuebezogenen Einstellungen beschränkt, beziehen wir uns hier auf die einzelnen erfragten Werte. Verrechnet werden sie in dichotomer Weise: Bejahung und Nichtbejahung (letzteres umfaßt Ablehnung und keine Angabe). Raos V dient uns als Kriterium bei der schrittweisen Auswahl von Variablen<sup>46</sup>. Die erste Diskriminanzfunktion erklärt im Fall der jüngeren Befragten 95 % der Varianz, im Fall der älteren 94 %. Wir können uns damit bei der Prognose mit einer Diskriminanzfunktion begnügen.

Wie man Tabelle 6 entnehmen kann, erweist sich die Variable „Weltfriede“ allgemein als die wichtigste Determinante. An zweiter Stelle folgen egalitäre Werte – bei den jüngeren Befragten „Kampf gegen die Armut“, bei den älteren „Gleichberechtigung der Geschlechter“. Bei den Jüngeren an dritter, bei den Älteren an vierter Stelle stehen ökologische Werte, „Verteidigung“ kommt lediglich bei den über 25jährigen ein nennenswerter Rang zu. Die übrigen diskriminierenden Variablen beziehen sich vor allem auf egalitäre Wertdimensionen. Nimmt man das Ausmaß des Wandels in Raos V als Maßstab, so erweisen sich die letzten drei bzw. vier (hier mit einem Stern versehenen) Werte als nicht mehr statistisch signifikant und ohne größeren Stellenwert<sup>47</sup>. Mit

Fortsetzung Fußnote 45

1982; *ders. u. a.*, *Aufbruch*, a.a.O.). Das erscheint als eine zu pauschale Diagnose. Verschiedene Formen der Modernität bedürfen der Unterscheidung. Wie sehr ökologische Probleme seit 1982 in das Bewußtsein gedrungen sind, zeigen u. a. Umfragen der GfK, Report Nr. 4, 1984, S. 6. Zum Prinzip Gleichheit als Element der Modernität vgl. *T. Parsons*, *Equality and inequality in modern society*, in: *Sociological Inquiry*, 40, 1970, S. 13–72, S. 18.

46 Würde man den Postmaterialismus und die Links-Rechts-Einstufung in die Analyse gleichgewichtig miteinbeziehen, so würde man die Analyse auf der Ebene unterschiedlicher Globalität vornehmen. Die einzelnen erfragten Werte sind zum Teil als Bestandteil der übergreifenden Wertorientierungen anzusehen. Gerechnet wurde mit dem Diskriminanzanalyseprogramm in SPSS.

47 Die standardisierten Diskriminanzkoeffizienten liegen im Fall des Weltfriedens bei .452 und .416. Von der Verteidigung (die bei den Älteren sogar noch etwas höher liegt), nehmen die übrigen Variablen Werte unter .40. Wir haben aus Gründen der Vergleichbarkeit wie *Küchler* die schrittweise Diskriminanzanalyse gewählt. Man könnte aus verschiedenen Überlegungen heraus die direkte als sinnvoller erachten. An dem Globalbefund, wonach der Weltfriede die wichtigste Variable darstellt, ändert sich dadurch nichts.

Tabelle 6: Diskriminanzanalyse (Schrittweise) Friedensbewegung nach Werten

Schritt	Wilks Lambda	Wert
Befragte		
15-24 Jahre		
1	.847	Weltfrieden
2	.766	Kampf gegen die Armut
3	.727	Schutz der Umwelt
4	.692	Einkommensverteilung ungerecht
5	.674	Freiheit zu weit gegangen
6	.664	Gleichberechtigung der Geschlechter
7	.661*	Gleichheit zerstört Eigeninitiative
8	.658*	Revolution
9	.656*	Mein religiöser Glaube
Befragte		
25 Jahre und älter		
1	.959	Weltfrieden
2	.932	Gleichberechtigung der Geschlechter
3	.905	Verteidigung
4	.886	Schutz der Umwelt
5	.871	Einkommensverteilung ungerecht
6	.863*	Menschenrechte
7	.856*	Recht auf Meinungsäußerung
8	.849*	Freiheit zu weit gegangen
9	.846*	Kampf gegen die Armut

\* Statistisch signifikant auf dem .01 Niveau im Bereich der F-ratio-Tests, nicht aber mehr im Zuwachs von Raos V.

Hilfe der aufgeführten Variablen läßt sich eine richtige Prognose der Gruppenzugehörigkeit bei den 15- bis 24jährigen in 53 % der Fälle treffen, bei den älteren in 47 % der Fälle. Am besten werden jeweils die Befragten mit Engagement und die Gegner vorhergesagt. Die mittlere Kategorie – ähnlich wie in anderen Analysen – wird durch diese Variablenkombination dagegen relativ schlecht prognostiziert<sup>48</sup>.

Anders als in der Untersuchung von *Manfred Küchler* nimmt jene Variable den wichtigsten Rang ein, die inhaltlich den engsten Bezug zur Friedensbewegung aufweist. Dies spricht gegen die These, den Nachrüstungsprotest als Bestandteil „bewegungsspezifischer“ Themen, die Stationierungsfrage als bloßen Kristallisationspunkt zu sehen. Vielmehr scheint der Protest durch einen Komplex von Wert- und Einstellungsmustern bestimmt, vor deren Hintergrund die Bewertung der Nachrüstung und der Friedensbewegung subjektiv sinnvoll ist. Ein Einfluß von Variablen, die mit dem Nachrüstungsprotest auf den ersten Blick nichts zu tun haben, ist gleichwohl auch in unserer Analyse unverkennbar. Muß man die Aussage über „bewegungsspezifische“ Antriebsmomente also lediglich relativieren? Prägen sie das Engagement, wenn auch nicht so zentral wie von manchen Autoren vermutet?

48 Die bessere Prognosekraft in den jüngeren Altersgruppen macht sich vor allem in der Kategorie der Befürworter und der Sympathisanten bemerkbar, nicht in der Gruppe der Gegner. Diese

Diese Frage aufgrund der Daten ohne weiteres zu bejahen, wäre zu einfach. Natürlich ist ein derartiger Zusammenhang möglich, und er wird für manche Untergruppen sicherlich gelten. Denkbar wäre aber auch – und das betrifft vielleicht die Mehrheit –, daß die Werte eine *Perspektive* nahelegen, welche die Einstellung zur Nachrüstung und Friedensbewegung kausal und inhaltlich stimmig mitbestimmt. Wer etwa den Kampf gegen die Armut für besonders wichtig hält, wird auf Kürzungen im Sozialbereich bei gleichzeitiger Konstanz oder Steigerung von Rüstungsausgaben sensibel reagieren. Er wird sich eher gegen Aufrüstungsprogramme wenden. Allein kann diese Erklärung jedoch nicht genügen; der Einfluß des Wertes „Gleichberechtigung der Geschlechter“ ergibt in diesem Fall wenig Sinn. An dieser Stelle mag entscheidend sein, daß hier nur die Einstellung zur Friedensbewegung und nicht zur Nachrüstung gemessen wurde. Möglicherweise haben die hier als relevant ausgewiesenen Werte nur einen Einfluß auf die Formierung der sozialen Bewegung: Wer Kampf gegen die Armut, Gleichberechtigung der Geschlechter oder Schutz der Umwelt als wichtig, aber in der Gesellschaft als nicht eingelöst begreift<sup>49</sup>, der wird – so er dies als Symptom für das Versagen der Gesellschaft ansieht – eher zu nichtinstitutionalisierten Kanälen des Protestes greifen. Die vermeintliche Unfähigkeit, mit den traditionellen gesellschaftlichen Problemen umzugehen und die vermutete Unwirksamkeit bisheriger Einflußmechanismen wird einer generalisierten Haltung Auftrieb geben, die in sozialen Bewegungen und unkonventionellen Formen politischer Partizipation neue Wege politischer Einflußnahme sucht<sup>50</sup>. Wenn diese Hypothese stimmt, bilden die erfaßten Werte ohne direkten inhaltlichen Bezug primär eine Randbedingung ab, welche die Umsetzung von Nachrüstungsgegnerschaft in Engagement für die Friedensbewegung begünstigt. Die Werte, die in Konfrontation mit der Wirklichkeit und aus der persönlichen Lebenssituation die größte persönliche Betroffenheit erzeugen, müßten dabei den größten Stellenwert innehaben<sup>51</sup>.

Karl-Heinz Reuband

Fortsetzung Fußnote 48

wird gleich gut vorhergesagt. Daß die Prognosekraft im Fall der jüngeren Befragten besser ist, läßt sich auch an *Wilks* Lambda ablesen (je niedriger, desto besser).

49 Daß von den Anhängern der Friedensbewegung größere Diskrepanzen zwischen Ideal und Wirklichkeit wahrgenommen werden, zeigt die Beurteilung der Sozialhilfe. Daß sie nicht immer diejenigen erreicht, die es am nötigsten haben, meinen 81 %–82 % der Anhänger, aber nur 65 % der Gegner unter den 15–24jährigen. Kombiniert man diese Wahrnehmung mit der subjektiven Relevanz dieser Frage, so muß die Wahrnehmung schwerer wiegen als es die bloßen Zahlen über wahrgenommene Diskrepanzen andeuten.

50 Das Konzept, das hier vertreten wird, ist am ehesten mit dem Merton'schen Anomiekonzept vergleichbar. Illegale oder gesellschaftlich nicht ausreichend akzeptierte Mittel werden dann gewählt, wenn die etablierten, gesellschaftlich akzeptierten Mittel zur Zielerreichung als nicht ausreichend angesehen werden – man keinen geeigneten Zugang dazu hat.

51 Dies mag auch erklären, warum Kampf gegen die Armut bei den Jüngeren einen größeren Stellenwert hat als unter den Älteren – womöglich wird die eigene berufliche Zukunft als weniger gesichert wahrgenommen, Arbeitslosigkeit als zukünftiges persönliches Schicksal begriffen.